

PROSTITUTION UND MÄDCHEN- HANDEL IN SÜDOSTASIEN

Die Bundesregierung hat am 25.5.84 eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion zum deutschen Prostitutionstourismus und zum Mädchenhandel mit Südostasiatischen Frauen beantwortet.

Danach sind 1982 rund 84 000 Bürger der BRD nach Thailand und 29 000 auf die Philippinen gereist. Eine Aufschlüsselung des Anteils der Männer liegt nicht vor.

Die Bundesregierung sieht die gesetzliche Möglichkeit "gegen Reiseunternehmen im Inland, die eine 'Werbung für die südostasiatische Prostitution betreiben', Bußgeldverfahren durchzuführen".

Prostitutionswerbung stellt eine "Ordnungswidrigkeit" dar, "die mit einer Geldbuße bis zu 1.000 DM geahndet werden kann."

Die Antwort auf die Frage, ob die Bundesregierung auch einen Anlaß sieht, gegen solche Touristikunternehmen in der BRD vorzugehen, wird jedoch offen gelassen.

Über Zahl und Situation südostasiatischer Frauen, die in der BRD als Prostituierte tätig sind, "liegen der Bundesregierung keine gesicherten Erkenntnisse vor".

Der Bundesregierung erscheint die Zahl von 200 "deutschen Heiratsvermittlungsinstituten, die auf südostasiatische Frauen spezialisiert sind, zweifelhaft".

Sie sieht in den Bestimmungen des Strafgesetzbuches gegen Menschenhandel und im Gewerberecht eine ausreichende Handhabe

"um gegen unzuverlässige Ehevermittler vorzugehen." Einen weiteren gesetzlichen Regelungsbedarf in dieser Hinsicht sieht sie derzeit nicht. Die Antwort endet mit der Aussage:

"Die Bundesregierung geht davon aus, daß die mit der Anwendung dieser angeführten Gesetze betrauten Stellen gegen etwaige Verstöße einschreiten. Soweit es allerdings um Fragen des guten Anstandes geht, wird sich mit gesetzlichen Mitteln wenig bewegen lassen."

vgl. Dt. Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache 10/1498

ASEAN-STAAATEN:
DIE BUNDESREGIERUNG HAT SEIT
1975 KRIEGSWAFFEN-EXPORTE FÜR
KNAPP 461 MILLIONEN DM
GENEHMIGT

Von 1975 bis heute seien in
knapp 250 Fällen Genehmigungen
für die Ausfuhr von Kriegswaf-

fen in die ASEAN-Staaten erteilt worden. Hiervon entfielen rund 32 % auf Thailand, 25 % auf Malaysia, 15 % auf Indonesien, 13 % auf Singapur, 8 % auf die Philippinen und 7 % auf Brunei. Wie die Bundesregierung in einer am 11.7. im Bundestag veröffentlichten Antwort (10/1737) auf eine kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN (10/1542) mitteilt, betrug der Wert der erteilten Genehmigungen von 1975 bis 1983 rund 460,7 Millionen DM, davon wurden 67 % für Schifflieferungen ausgegeben. Etwa 88 % der Genehmigungswerte gingen nach Indoneseien und Malaysia.

Nach den Angaben der Bundesregierung lägen z. Zt. Anträge nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz für die Ausfuhr nach Brunei, Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand vor. Ausfuhrgenehmigungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz seien zur Zeit für Lieferungen nach Malaysia, Singapur und Thailand beantragt. Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, seien seit 1975 aus Indonesien 31, aus Malaysia 27, aus den Philippinen 13, aus Singapur 26 und aus Thailand 83 Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland - durchschnittlich zwei Jahre - ausgebildet worden. Gegenwärtig würden aus Indoneseien sechs, aus den Philippinen zwei, aus Singapur zwölf, aus Malaysia fünf und aus Thailand 44 Soldaten bei der Bundeswehr ausgebildet.

Bei der Entscheidung über Exporte spiele das Interesse der Bundesregierung und ihrer NATO-Partner an der inneren Stabilität und an der Verteidigungsfähigkeit dieser Staaten eine besondere Rolle. In diesem Rahmen hält die Bundesregierung auch hier an ihrer restriktiven Rüstungsexportpolitik fest. Das Interesse der Bundesrepublik an einer Ausbildung von Polizeibeamten aus den ASEAN-Länder bemesse sich nach den Grundsätzen, die allgemein für die Ausbildung und Fortbildung ausländischer Polizeibeamter gelten. Darüber hinaus sei die Bekämpfung der internationalen Rauschgiftkriminalität von Bedeutung.

-aus: heute im Bundestag,
Parlaments-Korrespondenz
vom 16.7.84

-vgl. Dt. Bundestag, 10. Wahlperiode, Drucksache
10/1737

KOMMENTAR

DIE ANTWORT DES BUNDESMINISTERS FÜR WIRTSCHAFT AUF DIE KLEINE ANFRAGE DER FRAKTION DER GRÜNEN BETR. RÜSTUNGSEXPORTE IN DIE ASEAN-LÄNDER, (Drucksache 10/1542)

In der o. g. Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Grünen werden z.T. detaillierte Angaben zu Rüstungsexporten und zur Ausbildung von Militärs in der BRD gemacht: die entscheidenden Fragen aber mit allgemeinen Formulierungen umgangen.

In der Einleitung hebt die Bundesregierung hervor, daß ihr besonders an der politischen Stabilität gelegen sei, zumal diese eine "unerläßliche Grundlage für den wirtschaftlichen Austausch ist, auf den wir als Industrienation angewiesen sind". In der Tat spielt das Volumen der Rüstungsexporte aus der BRD nach Südostasien seit 1975, selbst wenn die als zivile Lieferung ausgewiesenen Hubschrauber, Schiffe und LKWs hinzukommen, keine entscheidende Rolle. Wichtig für die BRD ist die Präsenz in den ASEAN-Staaten, die Beibehaltung eines politischen Klimas, das die sonstigen wirtschaftlichen Aktivitäten nicht gefährdet.

Da ist es dann auch mal nötig, das Abstimmungsergebnis der UNO-Vollversammlung bzgl. Osttimor hintenanzustellen, trotzdem U-Boote und Hubschrauber ("zivile Version") zu liefern, zumal Osttimor zum Liefertermin schon "besetzt" war. Daß diese "Besetzung" durch einen Angriffskrieg Indonesiens erfolgte und die kriegerische Auseinandersetzung immer noch andauert, hielt die Bundesregierung bzw. ihre Vorgänger nicht davon ab, Lizenzerteilung für Produktion von Handfeuerwaffen und Munition in Indonesien aufrechtzuerhalten. Eine Ausrede hat man auch schon parat: Die politischen Bestimmungen zum Kriegswaffenkontrollgesetz sind erst seit 1982 in Kraft.

Die Tatsache, daß mit diesen Waffen (U-Boote, Schnellboote) z. B. eine Hungerblockade durchgeführt werden kann - auch 1984 noch - ist zweitrangig. Die Möglichkeit mittels Lizenzproduktion in den Entwicklungsländern selbst, die eigene Exportstatistik zu schönen, ist in Südostasien gut verbreitet. Die Lürssen-Werft, Bremen, be-

treibt sog. 'joint-ventures' mit Partnern in Malaysia und Singapur. Dort wurden in den 70er Jahren jeweils Schnellboote für den Eigenbedarf gebaut. In Thailand wird in Lizenz zwar nicht das Standardgewehr G 3 gebaut, dafür aber ein Gewehr kleineren Kalibers.

"Verständnis für unsere Wertordnung, insbesondere für unsere Auffassung von Demokratie und Menschenrechten zu vermitteln", bemüht sich die Bundesregierung und bildet seit 1975 über 200 Soldaten und Polizeibeamte aus den ASEAN-Staaten in der BRD aus. Sie weiß auch, daß den "Militärs eine besondere Funktion zugewiesen ist", in Ländern wie Thailand, Philippinen, Indonesien, wo Militärdiktaturen bzw. militärische Machtapparate die Entwicklung demokratischer Verhältnisse unterdrücken.

Sollen diese Militärs hier etwa lernen wie "innere Sicherheit" auf elegante Weise (Modell Deutschland) gewährleistet wird, als es unter Präsident Marcos auf den Philippinen mit der Ermordung B. Aquinos vorgeführt wurde?

Trotz aller Zahlen, die nun öffentlich gemacht werden, bleibt ein erheblicher Teil geheim und darüberhinaus wird bei den Beweggründen gern die lautere Absicht und das hohe Ziel vor Augen geführt. Die Frage nach dem tatsächlichen Einsatz und nach der Wirkung bundesdeutscher Rüstungsmaterialien wird nicht beantwortet.

Geht auch nicht, vertragen diese Angaben doch "nur ein begrenztes Maß an Publizität".

Gerhard Bonnekamp

gesprochenen Themenkreise vertieft. Dabei handelt es sich vorwiegend um englischsprachige Literatur.

"Bei dem Versuch, Südostasiens Politik in einer relativ knappen Darstellung zusammenzufassen, entstehen notwendigerweise Vereinfachungen, aber Hoffentlich nicht Irreführungen", schreibt die Autorin in ihrem Vorwort (S. 13). Mir ist beim Lesen des Buches dieser Satz im Kopf geblieben, insbesondere bei solchen Abschnitten und Ländern, wozu ich meine, einen etwas tieferen Einblick zu haben. Am Ende konnte ich mich leider nicht des Eindrucks erwehren, daß in diesem Buch viele "Vereinfachungen" zu "Irreführungen" führen. Bei den Bereichen, wo ich mir eine Beurteilung zutraue, frage ich mich allerdings, ob es sich bei den "Irreführungen" um ein Problem der "knappen Darstellung" und der Vereinfachung handelt. Dieser Eindruck kann hier nur an einigen wenigen Beispielen deutlich gemacht werden.

BUCHBESPRECHUNG:

MARY F. SOMERS HEIDHUES: POLITIK IN SÜDOSTASIEN - GRUNDLAGEN UND PERSPEKTIVEN, (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1983)

Südostasien mit seinen knapp 350 Mill. Einwohnern verschiedenster ethnischer und kulturell-religiöser Zugehörigkeit, verteilt auf einer Fläche mit einer Nord-Süd-Ausdehnung von knapp 4000 km, gehört zu den Regionen in der Welt, die in deutschsprachiger wissenschaftlicher wie allgemeiner Sachliteratur am wenigsten berücksichtigt werden.

Der Versuch von Frau Heidhues ein Buch "für Studenten und den allgemein interessierten Leser, der ein größeres Verständnis der Politik dieser Länder gewinnen möchte" (Vorwort S. 13) zu schreiben, ist daher sehr zu begrüßen. Es erweckt die Hoffnung, daß damit endlich eine große Lücke in der deutschsprachigen Sachliteratur zur Politik in Asien geschlossen wird. Allerdings handelt es sich hierbei auch um ein schwieriges Unterfangen.

Das vom Institut für Asienkunde in Hamburg mit Unterstützung von der Stiftung Volkswagenwerk herausgegebene Buch verspricht von seiner Gliederung her einen interessanten Ansatz.

Die einzelnen Länder werden nicht einfach hintereinander und chronologisch abgehandelt, sondern in 7 Hauptkapiteln mit verschiedenen inhaltlichen

Schwerpunkten jeweils - z. T. beispielhaft - vorgestellt und zugeordnet.

In einer Übersicht am Anfang des Buches, werden die zu Südostasien gehörenden Ländern genannt und knapp ihre Staatsform und die ethnisch/religiöse Zugehörigkeit der Bevölkerung beschrieben (S. 16-19).

Nach einem notwendigen, groben historischen Rückblick - "Südostasien bis 1945: ein Überblick" - (S. 21-54) wird die komplizierte und die in den ein-

zelnen Ländern sehr unterschiedliche Nachkriegsentwicklung skizziert - "Unabhängigkeit und die Institutionen der liberalen Demokratie" - (S. 55-86). Dann folgen 3 für die Region und wohl für viele Länder der 3. Welt wichtige inhaltliche Schwerpunkte "Bürokratie und Militär" (S. 87-118), "Entwicklungspolitik" (S. 119-143) und "Integration und nationale Minderheiten" (S. 144-168). Besonders behandelt Frau Heidhues "Indochina seit 1954" (S. 168-193) und schließt dann ab mit "Außenpolitik und internationale Beziehungen der Länder Südostasiens" (S. 194-215).

Am Ende eines jeden Kapitels wird auf mehreren Seiten Literatur aufgelistet, die die an-

OST-TIMOR UND INDONESIA

Bereits in der erwähnten Übersicht (S. 16) über die behandelten Staaten wird "vereinfachend" die militärische Besetzung des gerade von Portugal unabhängig gewordenen Ost-Timor 1975 lediglich als "Intervention" und "Engliederung" (1976) bezeichnet. Dieses Vorgehen wird dann in anderen Kapiteln des Buches nicht weiter erwähnt, obgleich es sich doch hierbei um eine Intervention handelt, die ihrem Charakter nach durchaus mit der Vietnams in Kampuchea vergleichbar ist und selbst von der UN-Vollversammlung - wie bei Vietnam - mehrheitlich verurteilt wurde.

Gerade in dem Zusammenhang mit den Kapiteln "Unabhängigkeit", "Bürokratie und Militär", "Integration und nationale Minderheiten" oder "Außenpolitik" ist die Behandlung Ost-Timors zumindest in "knapper" Form angebracht. Wie immer auch Frau Heidhues' politische Meinung dazu sein mag, so läßt sich bei einer sachlichen Darstellung nicht leugnen, daß an Ost-Timor geradezu exemplarisch für Südostasien das Problem der Unabhängigkeit von den alten, kolonialen Mutterländern und dem Entstehen regionaler Hegemonieansprüche deutlich wird, daß der Krieg gerade für das indonesische Militär zu einem internen Prüfstein wurde, daß es sich hierbei - zynisch gesprochen - auch um eine Art Inte-